G10

Antrag

Initiator*innen: SPD-Stadtverband Leipzig

Titel: **“Einzelfälle” in den Zusammenhang setzen - Rassismus-Studie in der Sächsischen Polizei durchführen**

Votum der Antragskommission

Konsens

Antragstext

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag weiterleiten:

In den vergangenen Monaten sorgten rechtsextreme und rassistische Vorfälle in verschiedenen Polizeidirektionen für großes Aufsehen. Auch in Sachsen fiel die Polizei immer wieder mit Rassismus und Rechtsextremismus auf. Nicht nur der Räumpanzer mit Stickereien, die an nationalsozialistische Symbolik erinnern,[1] sorgte für Schlagzeilen. Im September 2020 wurde ein Leipziger Polizist vom Dienst suspendiert, weil er in rechtsextremen Chatgruppen aktiv gewesen sei.[2] Daraufhin sprach sogar Innenminister Wöller (CDU) von einem “Problem mit Rassismus” in der Sächsischen Polizei.[3] Auch Polizeiausbildern wird vorgeworfen, sich rassistisch geäußert zu haben.[4]

Bei den sächsischen Sicherheitsbehörden gab es laut einem Lagebericht des Bundesamts für Verfassungsschutz[5] zwischen 2017 und März 2020 insgesamt 28 Verdachtsfälle rechtsextremer Gesinnung. Sachsen gehört zu den fünf Bundesländern mit den meisten Hinweisen zu rechten Behördenmitarbeitern – die anderen sind Hessen (59), Berlin (53), Nordrhein-Westfalen (45) und Bayern (31). Dieser Lagebericht bietet wertvolle Informationen, ist aber laut

Verfassungsschutz nur eine “Ersterhebung” und ersetzt keinen ganzheitlichen Ansatz. Der Chef des Bundeskriminalamtes sprach von einem “guten Aufschlag”[6], sieht die Debatte aber noch lange nicht beendet.

Ein reines Zusammentragen der Vorfälle ist nicht ausreichend, um strukturelle Probleme innerhalb der Polizeibehörden zu untersuchen. Die Diskussion um Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei muss endlich auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden. Nur so ist es möglich, dass über konkrete Vorgänge, Zahlen und Verbesserungsvorschläge diskutiert wird - und diese Diskussion zu handfesten Ergebnissen führt. Nur wissenschaftliche Ergebnisse können verhindern, dass sich ein “Generalverdacht” in der Debatte durchsetzt. Dies bedeutet allerdings auch nicht nur Einstellungen und Verhalten zu erfassen, sondern auch auf die dafür ursächlichen Bedingungen einzugehen. Welche Arbeitsweisen sind für eine Radikalisierung zuträglich? Wie kann dies aktiv verhindert werden? Welche Praktiken müssen stattdessen gestärkt oder gar eingeführt werden?

Die SPD setzt sich deshalb für die Durchführung regelmäßiger Studien ein, die nicht nur Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb der Sächsischen Polizei erfassen, sondern auch auf die bestehenden Wirkmechanismen eingehen, die letztlich zu strukturellen Fehlverhalten führen.

Die Erklärung, die Polizei bilde einen “Spiegel der Gesellschaft” ist falsch. Vielmehr hat die Polizei als Institution und all ihre Mitglieder die freiheitlich demokratische Grundordnung zu sichern. Dies bedeutet nicht nur das Gewaltmonopols inne zu haben, sondern auch, dass alle Polizeibeamt*innen mit beiden Füßen auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen haben!

[1] https://www.tagesspiegel.de/politik/merkwuerdiger-schriftzug-neuer-polizeipanzer-in-sachsen-sorgt-fuer-irritationen/20737456.html

[2] https://twitter.com/PolizeiSachsen/status/1309510525974441985

[3] https://www.mdr.de/sachsen/politik/woeller-rassismus-polizei-reichskriegsflagge-100.html

[4] https://www1.wdr.de/nachrichten/rassismus-polizei-ausbildung-100.html

[5] Abrufbar unter https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/pb-rechtsextremismus/broschuere-2020-09-lagebericht-rechtsextremisten-in-sicherheitsbehoerden

[6] https://www.saechsische.de/deutschland/wie-viel-extremismus-steckt-in-der-polizei-5290147.html

Begründung

erfolgt mündlich